



Brüssel, den 29. März 2019
(OR. en)

7881/19

**Interinstitutionelles Dossier:
2018/0012(COD)**

**CODEC 790
TRANS 226
MAR 79
ENV 346
IA 111**

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Entwurf einer RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND
DES RATES über Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von
Abfällen von Schiffen, zur Änderung der Richtlinie 2010/65/EU und zur
Aufhebung der Richtlinie 2000/59/EG (**erste Lesung**)
– Annahme des Gesetzgebungsakts

1. Die Kommission hat dem Rat den im Betreff genannten Vorschlag¹, der sich auf Artikel 100 Absatz 2 AEUV stützt, am 16. Januar 2018 übermittelt.
2. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat seine Stellungnahme am 23. Mai 2018 abgegeben².
3. Der Ausschuss der Regionen hat am 10. Oktober 2018 Stellung genommen³.

¹ Dok. 5454/18.

² ABl. C 283 vom 10.8.2018, S. 61.

³ ABl. C 461 vom 21.12.2018, S. 220.

4. Das Europäische Parlament hat am 13. März 2019 seinen Standpunkt in erster Lesung zu dem Kommissionsvorschlag festgelegt. Das Ergebnis der Abstimmung im Europäischen Parlament⁴ entspricht dem zwischen den Organen ausgehandelten Kompromiss und dürfte somit für den Rat annehmbar sein.
5. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird daher ersucht, seine Zustimmung zu bestätigen und dem Rat zu empfehlen, dass er
 - den Standpunkt des Europäischen Parlaments in der Fassung des Dokuments PE-CONS 85/18 auf einer seiner nächsten Tagungen gegen die Stimme der deutschen Delegation als A-Punkt billigt;
 - beschließt, die im Addendum enthaltenen Erklärungen in das Protokoll über die betreffende Tagung aufzunehmen.

Billigt der Rat den Standpunkt des Europäischen Parlaments, so ist der Gesetzgebungsakt erlassen.

Nach der Unterzeichnung durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments und den Präsidenten des Rates wird der Gesetzgebungsakt im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

⁴ Dok. 7175/19.